

System change not climate change - Klima retten, nicht Kapitalismus!

Für einen sozial-ökologischen Systemwandel in Schleswig-Holstein

Auch in Schleswig-Holstein steht DIE LINKE für einen Kurs hart Backbord. Einen konsequenten Richtungswechsel in der Kommunal- und Landespolitik, der Klima und Menschen rettet, nicht den Kapitalismus, nicht Gewinne der wenigen Profiteure, nicht die Aktienkurse.

Mit den einschneidenden Stellenkürzungen in der Windindustrie und der stetigen Verlängerung des Windkraftmoratoriums durch die Jamaika-Regierung, den Protesten von Free the Soil in Brunsbüttel, aber auch dem Thema energetischer Sanierungen und ihrer Auswirkungen auf Mieter*innen durch Großkonzerne wie Vonovia, hat die Debatte und Sorge um die Entwicklung des Weltklimas und mit ihr der Diskurs um die richtigen Prioritäten in der Klimapolitik Schleswig-Holstein erreicht. Auch in Schleswig-Holstein gehen jeden Freitag zehntausende Schüler*innen auf die Straße, um für eine Kehrtwende, für eine sozial-ökologische Wende in der Klimapolitik zu streiten.

DIE LINKE versteht sich als Partnerin an der Seite all jener Bewegungen, die mit den Mitteln des friedlichen Protestes und des zivilen Ungehorsams für eine Verkehrswende, eine Energiewende, für eine andere Politik vom öffentlichen Nahverkehr bis zum sozial-ökologischen Wohnungsbau für alle Menschen, kämpfen.

Für uns LINKE steht dabei fest: Es gibt keinen grün angestrichenen Kapitalismus. Der Kohleausstieg ist nur ein kleiner Vorgeschmack auf den epochalen Abschied von Öl, Kohle und Gas, einen einschneidenden Umbruchprozess der Volkswirtschaft und damit der Gesellschaft. Diesen Prozess wollen wir sozial und ökologisch gestalten.

Aufgabe der LINKEN ist es dabei gemeinsam Druck zu machen. Druck auf der Straße, aber auch in den Parlamenten, ob im Bund, kommunal oder ab 2022 im Landtag, wo derzeit eine klare sozial-ökologische Alternative für die Menschen fehlt. Mit diesem Anspruch wollen wir unsere Politik ins Land tragen.

LINKE Klimapolitik ist dabei zugleich Sozial- und Friedenspolitik. Einerseits weil nur eine konsequente Klimapolitik neue Ungerechtigkeiten vermeiden kann. Der Wandel des Klimas trifft global die Schwächsten der Gesellschaft. Sie verlieren ihre Lebensgrundlage und müssen ihre Heimat als Klimageflüchtete verlassen. Zum anderen verbindet nur eine linke Klimapolitik die notwendigen gesellschaftlichen Einschnitte und Umbrüche mit klaren Antworten zur sozialen Absicherung der Betroffenen und einer gerechten Verteilung der mit ihnen einhergehenden Belastungen.

Konkret stehen dabei für DIE LINKE in Schleswig-Holstein folgende Aspekte im Vordergrund:

1. Eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung setzt auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und energiesparende Verkehrsmittel. Befriedigung grundlegender Mobilitätsbedürfnisse muss für alle unabhängig vom Geldbeutel so umweltfreundlich wie möglich gewährleistet werden. Sie ist ein wesentlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Unser Ziel ist ein flächendeckendes und barrierefreies Angebot

des öffentlichen Verkehrs mit attraktiver Taktung, guten Umsteigemöglichkeiten sowie sozialverträglichen Tarifen. Einen unentgeltlichen Nahverkehr sehen wir als Vision, auf die wir hinwirken. Der öffentliche Personennah- und -fernverkehr muss unter Einbeziehung von Interessenvertretungen der Fahrgäste, Beschäftigten, Umweltverbände und anderen Betroffenen demokratisch reguliert und betrieben werden.

Gerade in Schleswig-Holstein jedoch, muss aufgrund der katastrophalen Infrastruktur in den ländlichen Regionen langfristiger gedacht werden. Wo in urbanen Ballungszentren der Umbau weg vom Individualverkehr zeitnaher erfolgen kann, kommt in Schleswig-Holstein Übergangstechnologien eine spezielle Bedeutung zu. DIE LINKE muss hier eine offene Debatte über Möglichkeiten finanzierbarer alternativer Antriebe für PKW führen, um möglichst viele Menschen auf dem Weg zur Verkehrswende mitzunehmen und Hemmschwellen und Ängste im Bereich der Arbeitsmobilität abzubauen.

2. In nur einem Jahr sind in der Windindustrie insgesamt 26.000 Arbeitsplätze abgebaut worden und damit mehr als insgesamt in der Braunkohle beschäftigt sind. Damit ist die Beschäftigungssituation bei Windenergie an Land um circa fünf Jahre zurückgefallen. Von 2016 bis 2017 sind bei Wind an Land 21.700 Arbeitsplätze verloren gegangen. Bei Windenergie auf See kommen im gleichen Zeitraum nochmal 4.300 verlorene Arbeitsplätze hinzu. Diese Zahlen gehen auf eine Kleine Anfrage der LINKEN im Bundestag zurück.

Gerade für Schleswig-Holstein als ehemaligem Vorzeigeland der Branche zeichnet sich damit ab, dass die Situation der Beschäftigten in der Windenergiebranche ein wichtiges soziales Thema ist. Hinzu kommt der Aspekt der Klimagerechtigkeit, da am Ausbau erneuerbarer Energien weitere Themen wie Energiegerechtigkeit, Energiewende im allgemeinen und Themen wie Mieterstrom-Projekte und Bürgerenergie im Besonderen hängen (der Bürger-Windpark Lübke-Koog ist hier ein beispielhaftes Projekt).

Gleichzeitig ist Schleswig-Holstein ein Kernland der Windenergiegegner. Viele der zunächst schlüssig wirkenden Argumente halten jedoch der näheren Betrachtung nicht stand, lassen sogar bewusste Falschinformation und Stimmungsmache erkennen. Einige der in diesem Spektrum organisierten Vereine weisen sogar eine bedenkliche Nähe zum rechts-esoterischen Bereich, zu Verschwörungstheoretikern und dem rechts-konservativen Spektrum auf.

In dieser Gemengelage als Linke zu Positionen zu kommen, die einerseits unserem Bekenntnis zur Klimagerechtigkeit als zentralem Zukunftsthema und zur sozial-ökologischen Wende Rechnung tragen, als auch die Sorgen der Anwohnenden ernst nimmt, sie aber klar von Interessen gesteuerten Scheinargumenten abzugrenzen versteht, ist nicht ganz einfach und bedarf einer konsequenten Information und Diskussion innerhalb unserer Partei. Klar ist jedoch: Immer höhere Hürden, insbesondere im Bereich sinnloser Abstandsregelungen oder Moratorien, die durch die Angst vor einer Debatte entstehen, lähmen die Entwicklung der Energiewende und vernichten Arbeitsplätze in der Windkraftbranche. Akzeptanz der Windenergie in der Bevölkerung kann nur dann entstehen, wenn gesellschaftliche Beteiligung

gesichert ist und eine voranschreitende Energiewende den Menschen sozial zu Gute kommt – nicht durch Verhinderung des Ausbaus der Infrastruktur.

Für uns als LINKE muss zudem klar sein, dass wir uns von Protest, der von Fake-News und dem rechten Spektrum getragen wird deutlich distanzieren. Dies gilt insbesondere für dubiose Gruppen wie Vernunftkraft, Windwahn, Gegenwind, und co.

Ein weiterer wichtiger Pfeiler der Energiewende ist die Solarenergie. Die Photovoltaik ermöglicht kleinteilig lokale Stromerzeugung in Bürgerhand. Mieterstrom und Direktstromkonzepte fördern dabei die regionale Entwicklung. Die Solarthermie unterstützt die Gebäudeheizung und ermöglicht im Sommer Warmwasser-Erzeugung (fast) ohne zusätzliche Energie.

Doch auch in diesem Bereich sind durch die Bundespolitik seit 2012 bundesweit 80.000 von 140.000 Arbeitsplätzen verloren gegangen¹. Die Gesetzgebungsverfahren (Energiesammelgesetz 2019 und die laufende Klima-Gesetzgebung) des Bundestages sorgen weiterhin für mangelnde Rechtssicherheit und verursachen hohe Planungsunsicherheit bei allen Beteiligten in der Branche.

DIE LINKE Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass die öffentlichen Gebäude in Schleswig-Holstein geprüft werden, auf welchem Dach Photovoltaik oder Solarwärme erzeugt werden kann und welche Art der Energieerzeugung sinnvoll ist. Diese Dächer werden unverzüglich zur ökologischen Energieerzeugung bereitgestellt.

DIE LINKE Schleswig-Holstein setzt sich außerdem für eine Solarprüfungspflicht für Neubauten ein. Bei Neubauprojekten, insbesondere für Wohnungen, wird eine Solar-Pflicht mit Mieter*innenstrom-Angebot angestrebt.

3. Wissenschaftliche Studien gehen davon aus, dass auch bei angepasster und sachgerechter energetischer Sanierung bei etwa einem Drittel aller Vorhaben die so genannte „Warmmietenneutralität“ verfehlt wird. Das bedeutet, dass die umgelegten Jahreskosten der energetischen Sanierungen höher ausfallen, als die Kosteneinsparungen bei Ausgaben für Heizung und Warmwasser. Es besteht also eine erhebliche Finanzierungslücke. Diese kann je nachdem wie angespannt der regionale Wohnungsmarkt ist entweder zu ausbleibenden Sanierungen oder zu rasant steigenden Mieten führen. Dieser Umstand macht deutlich, wie die Frage der Klimapolitik zur sozialen Frage wird. DIE LINKE bekennt sich klar zu energetischen Gebäudesanierung als wichtigem Beitrag zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Dies darf jedoch nicht zulasten der Menschen gehen, erst Recht nicht, wenn Konzerne wie Vonovia oder Deutsche Wohnen energetische Sanierungen zum Geschäftsmodell machen und damit ganze Stadtteile gentrifizieren, weil Menschen im SGBII Bezug, in Grundsicherung oder unteren Verdienst-Niveaus die Mieterhöhungen infolge der Sanierungen nicht tragen können und drohen ihren Wohnraum zu verlieren. Hier muss DIE LINKE vor Ort eingreifen und in kommunalen Parlamenten gegensteuern. Mittelfristig ist in der Finanzierung der klimagerechten Modernisierung des Gebäudebestandes ein Paradigmenwechsel einzuleiten. Nicht die Kosten der

¹ Prof. Volker Quaschnig, Scientist for Future, 2019

Modernisierung, sondern deren Effekt sollte zum Maßstab für die Umlage auf die Beteiligten und Nutznießer werden.

Insbesondere sind hier jedoch auch Konzepte der Bürgerenergie, des Mieterstroms und der Energieautarkie von Stadtteilen wichtig.

4. DIE LINKE Schleswig-Holstein steht für Wochenmarkt statt Weltmarkt, für mehr Aufklärung über die Folgen von Fleischkonsum. Insbesondere im Agrarland Schleswig-Holstein kommt uns dabei eine entscheidende Rolle zu. Wir fordern eine radikale Agrarwende und die Abkehr von Megaställen und Exportorientierung. Die Tierbestände in Schleswig-Holstein müssen durch Obergrenzen deutlich reduziert werden. Dieser schrittweise Ausstieg muss sozial flankiert werden. Die Flächenbindung, muss endlich her: Statt Megastall-Tierhaltung dürfen nur so viele Tiere gehalten werden, wie vor Ort an Fläche zur Verfügung steht. Der Export von Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln darf nicht länger subventioniert werden, da er zur Zerstörung des Klimas sowie der lokalen landwirtschaftlichen Strukturen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern im globalen Süden und regional beiträgt. DIE LINKE steht gegen die Turbo-Globalisierung der Agrarmärkte ein, von der nur die großen Konzerne und Agrar-Oligarchien profitieren. Wir wollen die regionale, nachhaltige Landwirtschaft in Schleswig-Holstein durch eine ökologische Klima-Offensive stärken. Landwirte müssen für Umstieg auf nachhaltiges Wirtschaften und Ökolandbau unterstützt und für Klimaschutz belohnt werden. Für Klimaschäden müssen die zur Kasse gebeten werden, die keinen ausreichenden Klimaschutz betreiben, und es müssen die entschädigt werden, die keine Verantwortung für die Klimakrise tragen.

Partner der sozial-ökologischen Bewegungen, parlamentarischer Arm der sozial-ökologischen Wende

Nur eine LINKE, die in Schleswig-Holstein den Menschen Ängste nimmt, Antworten auf scheinbare soziale Widersprüche in der Klimapolitik gibt und Klimagerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt, ist zukunftsfähig. DIE LINKE steht für das Versprechen einer Klimapolitik, die alle Menschen mitnimmt. Einer Klimapolitik, die die kommenden Umbrüche sozial und gerecht gestaltet. Dafür treten wir an: für sozial-ökologische Mehrheiten im Bund, in den Kommunen und im Land. Dabei verstehen wir uns als Partnerin der sozial-ökologischen Bewegungen im Land. Denn nur mit dem Druck der Straße und der Parlamente können wir gemeinsam die Menschheitsaufgabe der Verhinderung der Klimakatastrophe und der Bewahrung von Zivilisation und Demokratie bewältigen.